

Rechtlicher Schutz vor Persönlichkeitsrechtverletzungen und Volksverhetzung im Internet - eine Bestandsaufnahme am Beispiel der aktuellen Flüchtlingskrise

Referenten

Juniorprofessorin Dr. Anne Lauber-
Rönsberg und Prof. Dr. Detlev
Sternberg-Lieben

Juristische Fakultät - TU Dresden



Überblick

- **Vorbemerkung**
- **kriminogene Faktoren**
- **erhöhter Unrechtsgehalt von „Internet-Äußerungen“**
- **Internet kein rechtsfreier Raum**
- **zu behandelnde Strafvorschriften**
- **Einwirkung von Art. 5 GG**



Vorbemerkung

Kriminogene Faktoren:

- geringere Hemmschwelle infolge (vermeintlicher) Anonymität
- einfache Verfügbarkeit hochwirksamer „Tatwerkzeuge“



Vorbemerkung

- **erhöhter Unrechtsgehalt von „Internet-Äußerungen“**

- Ubiquität / permanente Verfügbarkeit / Nicht-Eliminierbarkeit der Äußerung
- Partizipation weiterer Nutzer (ggfs. virtuelle Anprangerung („Cybermobbing“))
- Breitenwirkung von Facebook-Postings (12 Mio Zeitungsabonnenten / 28 Mio Facebook-Nutzer in BRD)

Vorbemerkung

- **Internet kein rechtsfreier Raum!**

→ **Schutzpflichten des Staates** für grundrechtlich geschützte Positionen:

- Art. 1 Abs. 1 GG: § 130 StGB
- Art. 1 Abs. 1 iVm Art. 2 Abs. 1 GG: §§ 185 - 187 StGB
- Art. 2 Abs. 2, § 14 Abs. 1 GG: §§ 111, 140 StGB

Vorbemerkung

zu **behandelnde Strafvorschriften:**

- **§ 185 StGB** – Beleidigung / **§ 186 StGB** - Üble Nachrede / **§ 187 StGB** – Verleumdung
- [kursorisch] **§ 130 StGB** - Volksverhetzung
- *auszuklammern:*
 - § 111 StGB - Öffentliche Aufforderung zu Straftaten
 - § 140 StGB - Belohnung und Billigung von Straftaten
 - § 130a StGB - Anleitung zu Straftaten



Vorbemerkung

- **Effektivität der Strafverfolgung** als Verfassungsgrundsatz, der „nicht nur einer Gerechtigkeitserwartung entspricht, sondern auch das staatliche Gewaltmonopol legitimiert.“ (*di Fabio*, Grundrechtsgeltung in digitalen Systemen, 2016, S. 24)

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

Art. 5 Abs. 1 GG - **Meinungsfreiheit**

- Meinungsäußerungsfreiheit als **objektive Wertentscheidung** bei Auslegung und Anwendung des einfachen Rechts (also auch des Strafgesetzbuchs) zu berücksichtigen

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

○ **Schutzbereich** des Art. 5 Abs. 1 GG:

- (+) auch bei Irrationalität / Wertlosigkeit / Gefährlichkeit (vgl. BVerfGE 124, 300, 320)
- (+) auch bei scharfer und überzogener Äußerung (BVerfGE 93, 266, 289)
- (+) auch wenn Äußernder die dem GG zu Grunde liegenden Wertsetzungen nicht teilt (vgl. BVerfGE 124, 300, 320)

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

- Verboten werden darf mithin **nicht der Inhalt einer Meinung als solcher, sondern nur die Art und Weise der Kommunikation**, die bereits den **Übergang zur Rechtsgutsverletzung** greifbar in sich trägt Ist diese Schwelle überschritten, erfordert die Bedeutung der Meinungsfreiheit in einem zweiten Schritt eine fallbezogene Abwägung zwischen der Meinungsfreiheit und dem Rechtsgut, in dessen Interesse sie eingeschränkt ist (BVerfGE 93, 266, 293 ff.)

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

- **Hoher Stellenwert der Meinungsäußerungsfreiheit** als „eines der vornehmsten Menschenrechte“, „für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ... schlechthin konstituierend“ „in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt“ (BVerfGE 7, 198, 205 u. 208)
- **Schranken** gemäß Art. 5 Abs. 2 GG in „Vorschriften der allgemeinen Gesetze“ (insoweit „Recht der persönlichen Ehre“ ausdrücklich erwähnt)

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

ABER:

Bei Auslegung der (einfachgesetzlichen) Schranken → Ausstrahlungswirkung der Meinungsäußerungsfreiheit und ihre wertsetzende Bedeutung in einem freiheitlichen demokratischen Staat zu beachten (sog.

Wechselwirkung BVerfGE 7, 198, 205 f.; 42, 143, 150)

Konsequenz:

Entscheidung nur möglich im Einzelfall im Wege **praktischer Konkordanz** (möglichst schonender Ausgleich zwischen beiden Rechten: BVerfGE 42, 143, 152)

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

- bei **einzelfallbezogenen umfassender Gesamtabwägung** zu berücksichtigen:
- - Anlass der Äußerung (insb. sog Recht zum Gegenschlag)
 - ihre Form bzw. Einkleidung
 - die Bedeutung der Information für die Öffentlichkeit
 - Wichtig: Art. 5 Abs. 1 GG bereits bei der Auslegung der Äußerung relevant

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

Art. 5 Abs. 1 GG und Auslegung:

→ Meinungsfreiheit verletzt, wenn Gericht bei mehrdeutigen Äußerungen die zur Verurteilung führende Bedeutung zu Grunde legt, ohne vorher andere mögliche Deutungen, die nicht völlig fernliegen, mit schlüssigen Gründen ausgeschlossen zu haben (vgl. BVerfGE 82, 43, 52; 114, 339, 349 f.)

- Beispiele

- **A soldier is a murder**: kein § 185 StGB
(BVerfG NJW 1995, 3303)
- **Pirinci** (in Dresden): kein § 130 StGB

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

- BVerfG NJW 1995, 3303: Angekl. beschrieb anlässlich eines Manövers ein Betttuch mit den Worten “A soldier is a murder” (wörtlich übersetzt: Ein Soldat ist ein Mord, nicht: a murderer = Mörder) und befestigte es an einer Straßenkreuzung am Ortsrand

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

○ A soldier is a murder:

Aufhebung der Verurteilung wegen Beleidigung:

„... Lassen Formulierung oder Umstände jedoch eine nicht ehrenrührige Deutung zu, so verstößt ein Strafurteil, das diese übergangen hat, gegen Art. 5 Abs. 1 GG“

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

- **Kontextbezogenheit** der Äußerung / 2.Beispiel:
2015 erklärt **Pirinci** auf fremdenfeindlicher Kundgebung in DD: „Es gäbe natürlich andere Alternativen, aber die KZ sind ja leider derzeit außer Betrieb“
- **Volksverhetzung** zulasten von Flüchtlingen und Asylbewerbern (§ 130 Abs. 1 Nr. 1 StGB: ... gegen Teile der Bevölkerung zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert“)?

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

- **Kontext** dieser Entgleisung: „...Angst und den Respekt vor dem eigenen Volk so restlos abgelegt (...), dass man ihm schulterzuckend die Ausreise empfehlen kann, wenn es gefälligst nicht pariert. Es gäbe natürlich auch andere Alternativen. Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb." / Flüchtlingspolitik der Bundesregierung = "Umvolkung" der Nazis , wobei heutige Politiker "zunehmend als Gauleiter gegen das eigene Volk" agierten

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

§ 130 StGB: (-)

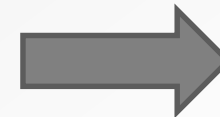
Nach wohl hM umfasst „**Teile der Bevölkerung**“ iSv § 130 StGB nur (machtlose) Minoritäten, nicht aber Bevölkerungsmehrheit → mithin auch Regierungspolitiker nicht geschützt

§§ 186, 187 StGB: (-)

Opfer nichthinreichend abgrenzbar?

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 10 EMRK

- Auch der EGMR fordert einen gerechten Ausgleich zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 10 EMRK) und den nach Art. 8 EMRK geschützten Persönlichkeitsrecht (zuletzt: NJW 2016, 1867 ff.)





Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 10 EMRK

- In casu sehr zweifelhaftes Verdikt, da Täter die rechtmäßige Tätigkeit von Abtreibungen durchführenden Ärzten (§ 218a StGB) durch Hinweis auf Holocaust und Auschwitz in die Nähe einzigartiger Verbrechen des Naziregimes rückte

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG

- Kurzer Überblick zu Art. 5 GG / strafrechtlicher Ehrenschutz bei:
- *BeckOK-StGB/Valerius*, § 193 Rn. 27-37.1 (Meinungsfreiheit)
- *BeckOK-StGB/Valerius*, § 193 Rn. 38-42.2 (Kunstfreiheit)

§ 185 StGB

Geschützt: innere und äußere Ehre (verdienter guter Ruf)

Tathandlung: Kundgabe der Nicht- oder Missachtung

- herabsetzendes Werturteil gegenüber Betroffenen oder gegenüber Dritten

- ehrverletzende

- Tatsachenbehauptungen gegenüber Betroffenen

§ 185 StGB

- Mögliche **Ehrträger:**

- natürliche Personen

- (1) **unmittelbarer** Ehrangriff auf Opfer („Du Idiot“)

- (2) Beleidigung des Einzelnen auch unter einer **Kollektivbezeichnung** sofern (vgl. BGHSt 36, 83, 85 ff.):

- aus der Allgemeinheit hervortretender Personenkreis/klar abgrenzbar/Mitglieder lassen sich zweifelsfrei bestimmen


§ 185 StGB

Bspw.:

- „Professoren der Juristischen Fakultät der TUD sind Vollidioten“ → [+]
- „im Flüchtlingshaus X-Stadt untergebrachtes Pack“ → [+]
- „Asylantenpack, das in unsere Heimat/nach Deutschland einströmt“ → [-]
- „Frauen“/„Moslems“: → [-]

Ausnahme gleichsam miterklärt / Schmähung verliert sich in der Allgemeinheit

§ 185 StGB

- **Ehrträger** (= potentiell Opfer) auch:
- **Personengemeinschaften** als solche (str.), sofern sie:
 - rechtlich anerkannte soziale Funktion erfüllen und
 - einen einheitlichen Willen bilden können (BGHSt 6, 186, 191)
- z.B. 

§ 185 StGB

Beleidigungsfähige Personengemeinschaften:

- „Bundeswehr“/„DGB“/„DRK“/„ELSA-Dresden“
→ [+]
- „die Studenten“/„die sächsischen Professoren“/„Familie Atatürk“
→ [-]

§ 185 StGB

Kundgebung der Missachtung muss vom Opfer in ihrem ehrenrührigen Sinne verstanden worden sein (BGHStE 9, 17, 19)

- also [-] bei unverstandenem Ehrangriff ggü Kindern oder der deutschen Sprache nicht mächtigen Ausländern
(anders, sofern weitere Empfänger, bspw. bei Facebook-Seite)

§ 185 StGB

- **Rechtfertigung** über **§ 193 StGB**
(inhaltlich von Art. 5 GG geprägt):

bspw. BVerfG(K) NJW 1992, 2815

Leserbrief iZm Abschiebungen:

„Asylfamilien werden bei Nacht und Nebel verschleppt. ‚Abschiebung‘ nennt sich das.

... **Gestapo-Methoden** gehören ins Geschichtsbuch, nicht in den bundes-deutschen Alltag.“

→ nicht strafbar

§ 185 StGB

- ein letztes Beispiel:

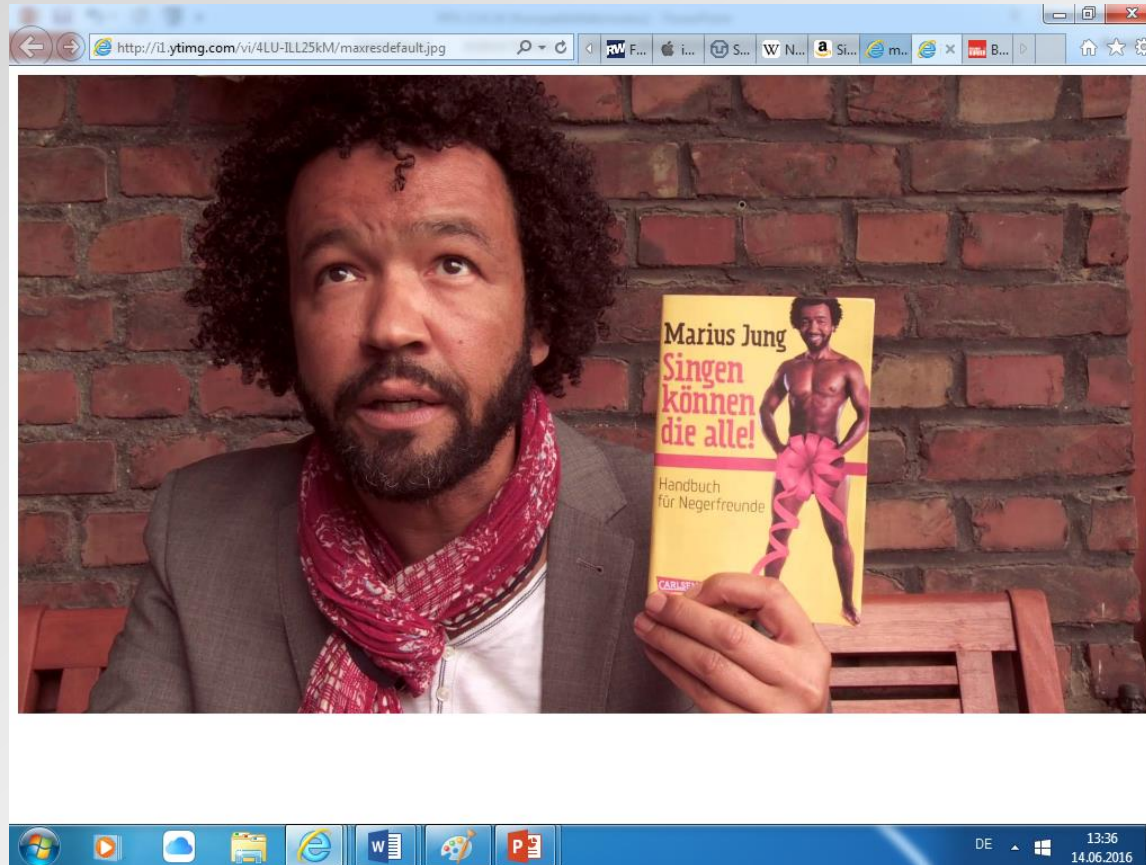
Marius Jung: Singen können die alle –

Handbuch für Negerfreunde“; erschienen 2013 im Carlsen-Verlag

- Ausgezeichnet 2013 mit der Auszeichnung "Der Preis ist heißßßß - oder auch nicht" durch das Referat für Gleichstellung und Lebensweisenpolitik des Studentenrates der Universität Leipzig (ein Negativ-Preis iZm Rassismus im Alltag)



§ 185 StGB



§ 186 StGB

○ § 186 StGB - Üble Nachrede

- geschütztes **Rechtsgut**: Ehre (wie bei § 185 StGB)
- **Tathandlung**: Behaupten oder Verbreiten zur Ehrverletzung geeigneter Tatsachen (≠ Werturteile) gegenüber Dritten

Bspw. „Flüchtlinge in DD dürfen straflos in Supermärkten stehlen; Strafverfolgung vom Justizminister verboten; Unkosten werden nach Entscheidung des Oberbürgermeisters heimlich von der Landeshauptstadt über-wiesen. Das sagen jedenfalls viele Leute; ich selbst glaube es aber nicht so recht“ → § 186 [+]

§ 186 StGB

- **Verbreiten**: Weitergabe einer fremden Tatsachenäußerung: Täter stellt Äußerung als Gegenstand fremder Überzeugung hin, ohne selbst ihre Richtigkeit einzutreten
- **Behaupten**: Tatsache wird als nach eigener Überzeugung wahr ausgegeben / unerheblich, dass Täter sich bei seiner Aussage auf Dritte als Informationsquellen beruft / auch dann, wenn Mitteilung herabsetzender Tatsachen in eine Frage oder in die Äußerung eines bloßen Verdachts eingekleidet wird

§§ 186 StGB

ABER:

Verbreitung ehrenrühriger Tatsache,
um sie zugleich zugunsten des
Betroffenen ernsthaft zu widerlegen
oder ihre Unwahrheit zu betonen →
straflos

§ 186 StGB

- **nicht erweislich wahr** als objektive Strafbarkeitsbedingung (Vorsatz insoweit nicht erforderlich!):

→ (materielle) Beweislast beim Täter → er trägt Verurteilungsrisiko, wenn Beweis der Wahrheit seiner Tatsachenaussage vor Gericht nicht erbracht werden kann

§ 186 StGB

- **Qualifiziert** (§ 186, 2. Alt. StGB): Tat öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) begangen:
 - **öffentlich** = wenn Äußerung von einem größeren, nach Zahl und Individualität unbestimmten oder durch nähere Beziehung nicht verbundenen Personenkreis unmittelbar wahrgenommen werden kann
 - also auch bei Äußerungen, die über Computernetze (zB „Internet“) für die Benutzer solcher Systeme ohne weiteres abrufbar sind (z.B. offene Facebook-Gruppe)

§ 186 StGB

- **persönlich verbunden:**

→ eine nur an einen **bestimmten „abgeschotteten“ Personenkreis** gerichtete Erklärung ≠ öffentlich, auch wenn sie hinterher in die Öffentlichkeit gelangt und der Täter damit rechnet

- öffentlich [-] → bei geschlossenen Benutzergruppen, sofern Personenkreis individuell überschaubar und verbunden

also öffentlich [+] → geschlossener Facebook-Gruppe aller AfD-Mitglieder

§ 186 StGB

- BGH NStZ 2015, 81, 83 (zum „öffentlichen Verwenden“ iSv § 86a StGB):

„... bei 844 sogenannten Freunden kann der Senat ausschließen, dass zu mehr als einem Bruchteil von diesen eine Verbindung bestand, die über eine zufällige, mitunter sogar nur virtuelle Bekanntschaft hinausging...“

- [also „öffentlich“ {+}]

§ 187 StGB

§ 187 StGB – Verleumdung

Vorsätzliches Behaupten oder Verbreiten *[nachgewiesen!]* unwahrer Tatsachen, die zur Verächtlichmachung oder Herabwürdigung in der öffentlichen Meinung geeignet sind

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- geschütztes **Rechtsgut**:
 - **öffentlicher Frieden** (als Zustand der allgemeinen Rechtssicherheit sowie auch des Gefühls der Bevölkerung, im Schutz der Rechtsordnung zu leben
 - ferner: **Menschenwürde** und **Individualgüter** [Vorfeldschutz von Leib, Leben, Eigentum etc.] betroffener Bevölkerungsteile

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) – nur noch kursorisch

Tatobjekt (Opfer):

- *bestimmte* **inländische Personenmehrheiten**, die individuell nicht mehr überschaubar sind und sich von der Gesamtheit der Bevölkerung auf Grund bestimmter Merkmale unterscheiden;
- **Einzelperson** dieser Gruppe gewissermaßen stellvertretend herausgegriffen

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- Beispiele aus der Rspr → § 130 StGB möglich):
 - in Deutschland lebende Ausländer
 - die Farbigen
 - die Sinti und Roma
 - die Asylbewerber
 - Asylbewerber, die objektiv keinen Anspruch auf Asyl haben (BayObLG NJW 1995, 145)

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- Rspr differenziert bei „Asylbewerberbereignschaft“:
 - Richtet sich Äußerung gegen Asylbewerber, welche zu Unrecht Leistungen erschleichen, fehlt es an einem ohne komplexe, einzelfallbezogene Nachforschungen abgrenzbaren Bevölkerungsteil (KG JR 1998, 213 f.; BayObLG NJW 1994, 952 f.)

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- Noch zu: „Asylbewerberbereignschaft“:

§ 130 [+] hingegen,

→ wenn Auslegung der Äußerung ergibt, dass der Terminus „Asylbetrüger“ untechnisch-pauschalierend verwendet wird (OLG Frankfurt NJW 1995, 143 f.)

≡ NACHRICHTEN

Anklagebehörde erklärte nun hierzu, die von Festerling genannten Eliten seien "kein taugliches Angriffsobjekt" im Sinne des Strafgesetzes. Auch ihre Äußerungen zu Flüchtlingen seien durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt.

"Erkennbaren Sachbezug zu den Silvester-Ereignissen"

Festerling hatte die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln einen "flächendeckenden Terroranschlag" auf blonde weiße Frauen genannt und von einem entfesselten Mob von Flüchtlingen gesprochen. Nach Ansicht der Staatsanwälte können "derart drastische Formulierungen" eine feindselige Haltung gegenüber Flüchtlingen erzeugen. Jedoch habe Festerling die Formulierungen nicht im Sinne einer anlasslosen Schmähkritik gebraucht, sondern in einem erkennbaren Sachbezug zu den Silvester-Ereignissen in Köln.

Da sich unter den Tätern in Köln "tatsächlich eine große Anzahl von Asylbewerbern aus dem nordafrikanisch-arabischen Raum befand", habe sich Festerling so äußern dürfen, ohne sich der Volksverhetzung schuldig zu machen.

Zuletzt aktualisiert: 29. Mai 2016, 18:51 Uhr



AfD-Demo in Erfurt

Pegida-Rede war nicht mit der AfD-Parteispitze abgestimmt

Bei der AfD-Demonstration in Erfurt hat ein Pegida-Vertreter eine Rede gehalten, obwohl Bundesparteichefin Petry ihre Partei in Konkurrenz zur Dresdner Bewegung sieht. Nun droht ein offener Streit zwischen ihr und Höcke.

[mehr >](#)

"Er hat unserer Partei geschadet" >

Pegida: Sprache als Waffe >

Bachmann wegen Volksverhetzung >



Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- **Tathandlungen:** zum Hass aufstachelt, zu *[ergänze: auch nichtstaatlichen]* Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert
- Beispiele aus der **Rechtsprechung** zum **Hass-Aufstacheln:**
 - Holocaust habe nicht stattgefunden, sondern sei von den Juden erfunden worden, um das deutsche Volk zu unterdrücken und finanzielle Vorteile zu erlangen

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

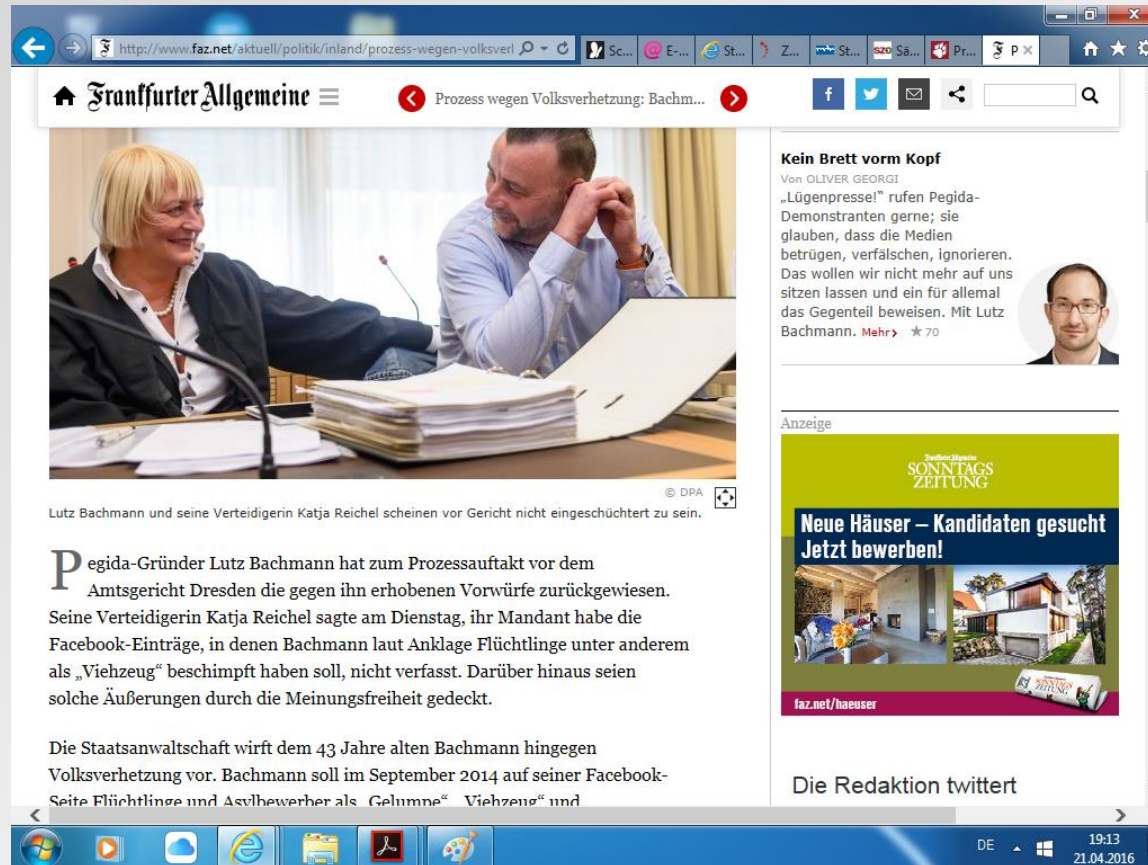
- Parole „Juda verrecke“ nebst Hakenkreuzen (OLG Koblenz MDR 1977, 344)
- in Bezug auf Ausländer: „Schade, dass Dachau nicht mehr geheizt wird“ bzw. „Euch Ausländer sollte man vergasen wie die Juden“
- Asylbewerber als „betrügerische Schma-rotzer“ und „Sozialparasiten“
- Bezeichnung von in Deutschland lebenden Ausländern als „Vertreibungsmasse“, die es „loszuwerden“ gelte

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- Ausländer raus“, wenn weitere Begleitumstände (Erscheinungsbild der Äußernden / „Sieg Heil“, „Hoch die nationale Solidarität“, „Deutschland den Deutschen“) vorliegen
- Lutz Bachmann Facebook-Post-Zitat (nach SZ 20.4.2016 / S. 3) in Bezug auf Flüchtlinge/Asylbewerber:



Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch



The screenshot shows a web browser displaying a news article from the Frankfurt Allgemeine Zeitung. The article is titled "Prozess wegen Volksverhetzung: Bachmann..." and features a photo of Lutz Bachmann and his lawyer Katja Reichel. The text discusses the trial of Bachmann, who is accused of incitement to hatred against refugees and asylum seekers. The article mentions that Bachmann's lawyer, Katja Reichel, has defended him by claiming that his Facebook posts were merely expressions of opinion protected by free speech. The article also notes that the prosecution is charging Bachmann with incitement to hatred under § 130 of the German Criminal Code (StGB).

Frankfurter Allgemeine Prozess wegen Volksverhetzung: Bachmann...

Kein Brett vorm Kopf
Von OLIVER GEORGI
„Lügenpresse!“ rufen Pegida-Demonstranten gerne; sie glauben, dass die Medien betrügen, verfälschen, ignorieren. Das wollen wir nicht mehr auf uns sitzen lassen und ein für allemal das Gegenteil beweisen. Mit Lutz Bachmann. [Mehr](#) > 70

Anzeige

SONNTAGS ZETZUNG
Neue Häuser – Kandidaten gesucht
Jetzt bewerben!
faz.net/haeuser

Die Redaktion twittert


Lutz Bachmann und seine Verteidigerin Katja Reichel scheinen vor Gericht nicht eingeschüchtert zu sein.

Pegida-Gründer Lutz Bachmann hat zum Prozessauftritt vor dem Amtsgericht Dresden die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen. Seine Verteidigerin Katja Reichel sagte am Dienstag, ihr Mandant habe die Facebook-Einträge, in denen Bachmann laut Anklage Flüchtlinge unter anderem als „Viehzeug“ beschimpft haben soll, nicht verfasst. Darüber hinaus seien solche Äußerungen durch die Meinungsfreiheit gedeckt.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 43 Jahre alten Bachmann hingegen Volksverhetzung vor. Bachmann soll im September 2014 auf seiner Facebook-Seite Flüchtlinge und Asylbewerber als „Gelumpe“, „Viehzeug“ und

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch

- „Ach, du glaubst der Presse, wenn sie um Mitleid für das **Gelumpe** heuchelt? Solltest mal mit Leuten reden auf dem Sozialamt, wie sich dieses **Dreckspack** benimmt“!“
....“**Viehzeug**“

8. Oktober um 18:16 · 

A photograph of Claudia Roth, a German politician, speaking at a podium. She is wearing a dark jacket over a grey scarf and a striped shirt. She is gesturing with her right hand while holding a microphone. The background shows blue padded chairs, suggesting a legislative assembly like the Bundestag.

**CLAUDIA ROTH ÜBER DIE ANKUNFT VON 1.5 MILLIONEN FLÜCHTLINGEN:
"POLITIK MUSS AUCH MAL GEGEN DIE STIMMUNG IN DER
BEVÖLKERUNG DURCHGESETZT WERDEN. WIE BEIM EURO."**



Memegenerator.com

Das Playmate hat wieder jemanden zum Spielen!



So verbessert kaufmännische Software Ihren Kundenservice

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB)

- 
- 
- keine **Volksverhetzung**, da keine vulnerable Minderheit [?]
 - **§ 185 StGB** [+] → Frau Roth
 - **§ 111 StGB** ? → nur sofern Äußerung erkennbar darauf abzielt, dass Angesprochene die Tat realisieren (also nicht, sofern „nur“ ein Klima geschaffen werden soll („wäre zu begrüßen“), in dem entsprechende Straftaten gedeihen / **Art. 5 I GG?**

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- **Nicht:** sachliche Berichterstattung (**Art. 5 Abs. 1 GG!**), auch wenn sie geeignet ist, ein feindseliges Klima gegen die Angehörigen bestimmter Gruppen zu schaffen oder zu verstärken (zB Bericht über den Ausländeranteil an der Kriminalität)
- abgelehnt für **Festerling-Zitat iZm Kölner Sylvester-nacht:** „entfesselter Mob von Flüchtlingen... flächen-deckender Terroranschlag auf blonde weiße Frauen“ (da keine anlasslose Schmähung)

Pegida

Verfahren gegen Festerling eingestellt

Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat das Verfahren gegen Pegida-Anführerin Tatjana Festerling wegen Volksverhetzung und Aufforderung zu Straftaten eingestellt. Das geht aus einem Schreiben der Behörde hervor, das MDR AKTUELL vorliegt. Darin heißt es, die Äußerungen von Festerling seien "noch" kein Straftatbestand.



Festerling an der Seite von Pegida-Gründer Lutz Bachmann.

Bildrechte: dpa

Festerling hatte bei einer Pegida-Kundgebung in Leipzig unter anderem gesagt, wenn die Mehrheit der Bürger noch bei Verstand wäre, würde sie zu Mistgabeln greifen und die volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, Gerichten, Kirchen und Pressehäusern prügeln. Danach gingen bei der Staatsanwaltschaft Leipzig mehrere Anzeigen ein. Die Anklagebehörde erklärte nun hierzu, die von Festerling genannten Eliten

seien "kein taugliches Angriffsobjekt" im Sinne des Strafgesetzes. Auch ihre Äußerungen zu Flüchtlingen seien durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit geschützt.

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/staatsanwaltschaft-soll-festerling-aussagen...>

MEHR ZUM THEMA



Tatjana Festerling | Bildrechte: dpa

"Nazis von heute"

Staatsanwaltschaft prüft Festerling-Aussage

Am Montag hat Pegida-Sprecherin Tatjana Festerling erneut mit umstrittenen Äußerungen für Entsetzen gesorgt. Die Polizei schaltet nun die Staatsanwaltschaft ein. Unterdessen versucht Pegida eine Annäherung an die AfD.

[mehr >](#)



Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- Überblick zur möglichen Einwirkung auf Art. 5 GG auf § 130 StGB bei:
- MüKo-StGB/*Schäfer*, § 130 Rn. 110 - 112


Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

○ - Auffordern zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen:


Bspw.

- „Juden raus“, „Ausländer raus“, „Türken raus“ idR mehr als bloße, quasi neutrale Aufforderung an die betroffene Gruppe, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen (zB bei mitgeführtem Hakenkreuz)
- „Jeder Jude ist eine umherlaufende Reklame für den nächsten Holocaust“
- - Forderung nach „Schaffung ‘Befreiter Zonen’ durch Eliminierung Andersdenkender“

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch

- „Asylies ab nach Auschwitz und Buchenwald, da ist genügend Platz: die Öfen müssen nur angeheizt werden.“
- - (iZm Flüchtlingen) „Weg mit dem Dreck usw“ 

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch




gegenüber Flüchtlingen im Netzwerk Facebook zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Die 29-Jährige habe sich der Volksverhetzung schuldig gemacht, befand ein Amtsgericht am Freitag. Angesichts der Zunahme von Hassäußerungen im Internet sei zur Abschreckung der Allgemeinheit die Verhängung einer kurzen Freiheitsstrafe "unerlässlich", erklärte die Richterin. Die Strafe entsprach dem Antrag des Staatsanwalts.

Die geständige Angeklagte hatte im April 2015 bei Facebook einen Zeitungsartikel kommentiert, in dem über die Festnahme eines Asylbewerbers nach einem angeblichen Vergewaltigungsversuch berichtet wurde. Dazu schrieb sie unter anderem: "Weg mit dem Dreck!" Wenn der Staat das nicht verstehe, würden "noch viel mehr Asylheime brennen... hoffentlich dann mit vernagelten Türen".

Die bis dahin nicht vorbestrafte Frau habe "gegen Teile der Bevölkerung zum Hass aufgestachelt" sowie zu Gewalt und Willkür aufgefordert, so die Anklage. "Derartige Äußerungen vergiften das gesellschaftliche Klima, so etwas hat Auswirkungen – Anschläge auf Asylbewerberheime sind

ANZEIGE



Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch



The screenshot shows a web browser window displaying a news article from tagesschau.de. The article is titled "Petry will Grenze notfalls mit Waffen sichern" and is dated 30.01.2016 12:23 Uhr. The article discusses the AfD's stance on border control and the use of force against refugees. The browser's address bar shows the URL "http://www.tagesschau.de/inland/petry-119.html". The Windows taskbar at the bottom indicates the date is 02.02.2016 and the time is 18:28.

http://www.tagesschau.de/inland/petry-119.html

Datei Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

Deutschland

AfD-Vorsitzende für strengere Überwachung
Petry will Grenze notfalls mit Waffen sichern

Stand: 30.01.2016 12:23 Uhr

[f](#) [t](#) [g+](#) [e](#) [p](#)

Wenn sich Flüchtlinge nicht anderweitig aufhalten lassen, müssten sie an der Grenze gestoppt werden - notfalls mit der Schusswaffe. Das fordert AfD-Chefin Petry. Die Grenzen müssten umfassend kontrolliert werden. SPD, Grüne und Linkspartei reagierten entsetzt.

AfD-Chefin Frauke Petry verlangt angesichts des großen Flüchtlingsandrangs umfassende Kontrollen an den deutschen Grenzen. Es müsse verhindert werden, dass "weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können, sagte die Vorsitzende der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland dem "Mannheimer Morgen". Die Polizei müsse "notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen". "Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt", sagte Petry. "So steht es im Gesetz".

Entscheidend sei es jedoch, die Flüchtlingszahlen zu verringern. Hierfür seien Abkommen mit Österreich und Kontrollen an EU-Außengrenzen erforderlich.

Oppermann: "Politisch vollends verirrt"

Die Äußerungen Petrys wurde von der SPD scharf kritisiert. Fraktionschef

MEHR ZUM THEMA

Verletzte bei Protesten gegen AfD in Reutlingen | swr

AUS DEM ARCHIV

TV-Debatte: Kretschmann will jetzt doch mitreden, 29.01.2016 | swr

Journalisten bei AfD-Demo in Magdeburg angegriffen, 28.01.2016 | mdr

Die AfD und die "Volksgemeinschaft", 29.12.2015

AfD-Politiker Höcke fordert Zwangsjacke für Merkel, 14.01.2016 | mdr

Rechte Frauen: Le Pen und Petry - Schwestern im Geiste?, 14.12.2015

MEHR INLAND

Hilfsprojekte für Flüchtlinge bundesweit

Tagesschau.de Webarchiv

DE 18:28 02.02.2016

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- § 130 Abs. 1 Nr. 2 StGB: **Angriff auf Menschenwürde** dadurch, dass Tatobjekt beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet wird
 - **Angriff auf Menschenwürde** nur dann, wenn Angriff sich nicht nur gegen einzelne Persönlichkeitsrechte (zB Ehre) richtet, sondern den Menschen im Kern seiner Persönlichkeit trifft, indem er unter Missachtung des Gleichheitssatzes als unterwertig dargestellt und ihm das Lebensrecht in der Gemeinschaft bestritten wird

Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch

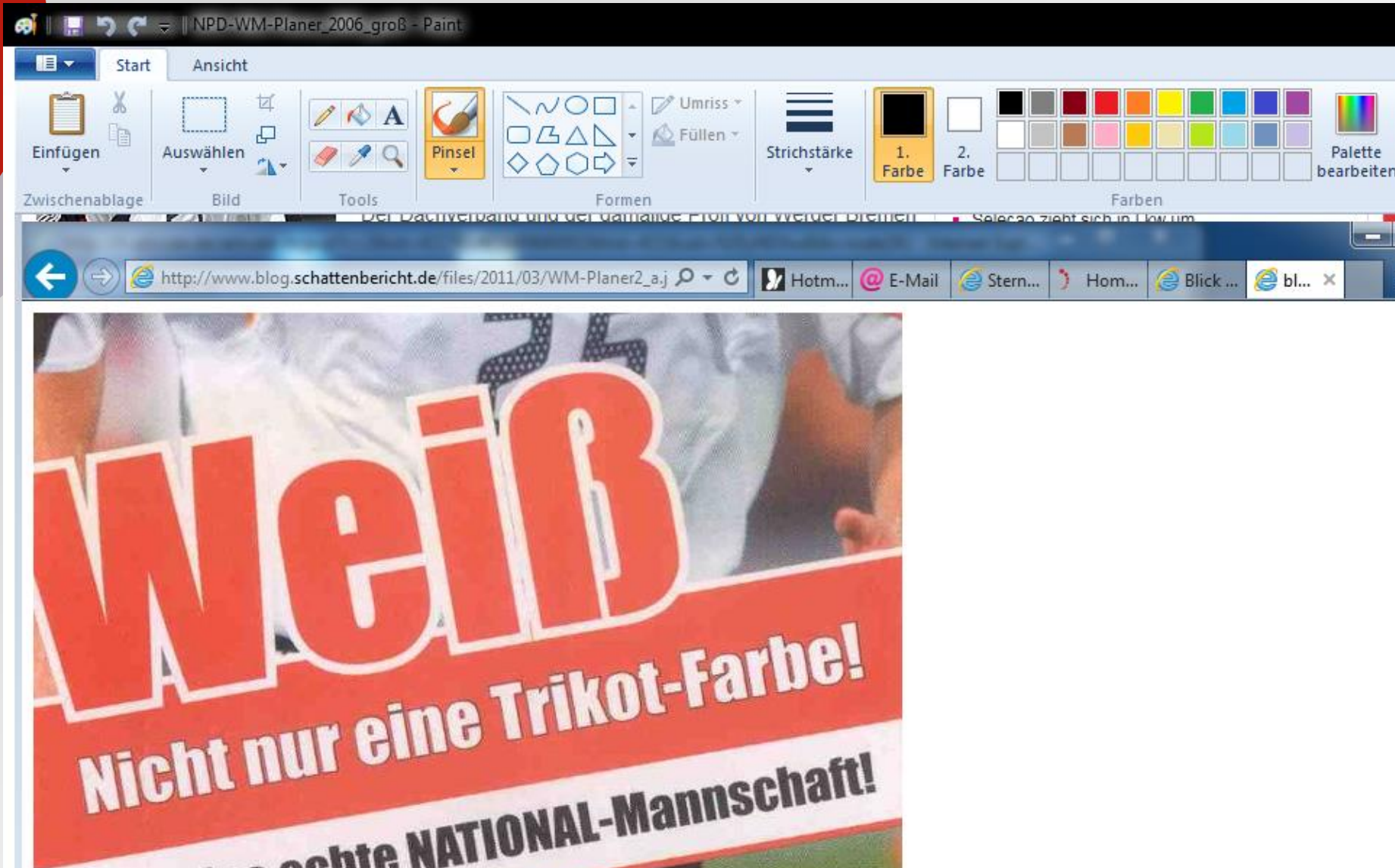
- bspw.
 - iZm 50 in LKW in Österreich aufgefundenen Toten: „50 Klumpen syrisches Gammelfleisch“
 - Gleichstellung von Asylbewerbern mit Schweinekot
- - ertrunkenes Flüchtlingskind: „Wir trauern nicht – wir feiern es!“ (postmortale Menschenwürde [?]; jedenfalls § 189 StGB)





Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch



Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch



Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch kursorisch

- Anonyme Meißen Watch als „Dreckszecken“ (?) 
- Diskriminierung von Ausländern, sofern diese gegen deren Menschsein als solches gerichtet ist: Bei Lokal- oder Ladenverbot nur, wenn damit zum Ausdruck gebracht wird, dass die Betroffenen als Menschen zweiter Klasse es nicht wert sind, bedient zu werden (aktuelles Beispiel: Berlin/Roma-Hausverbot im Esoterik-laden) 

Wirbel um CDU-Stadtrat

Jörg Schlechte beschimpft die Macher der Website Meißen Watch als „Dreckszecken“. Die Empörung im Netz ist groß.

Mittwoch, 04.05.2016



Noch im Sommer 2015 organisierte Jörg Schlechte Kleidung für die Asylsuchenden aus der Kleiderkammer des DRK in Meißen. Und jetzt fällt der CDU-Stadtrat mit Beschimpfungen im Netz auf.

© SZ-Archiv

Kommentar darauf hin, dass sie sich freuen würden, wenn sich Schlechte auch mal so klar von fremdenfeindlichen Meinungen distanzieren würde. Der Sörnewitzer Weinhändler Lutz Heimrich, der selbst für den David-Schmidt-Preis nominiert war,

Meißen. Wieder mal Aufregung im Internet. Der Meißner CDU-Stadtrat Jörg Schlechte bezeichnete [in einem Facebook-Kommentar](#) die mit einem Preis ausgezeichneten anonymen Macher der antirassistischen Website Meißen Watch als „Dreckszecken“. Zu- vor nannte er sie „flüch- lingsbesoffene Gutmen- schen“. „Ist mein Ernst“, fügte er noch hinzu.

Das führt zu Gegenreak- tionen. Die Angegriffenen wiesen in einem langen

Real Bodies - ECHTE KÖRPER



am Wiener Platz
ein Date mit Nerven, Venen und Arterien. Mit allem, was ein echtes Abenteuer ausmacht: [...weiter](#)

Unterstütze den WWF beim Schutz der Natur



Jetzt Fördermitglied werden!

Schlagzeilen aus Sachsen

Aufgaben der Helfer: DRK Sachsen plant Twitter-Marathon

Schleuser: Bundespolizei gelingt im Raum Görlitz Doppelschlag


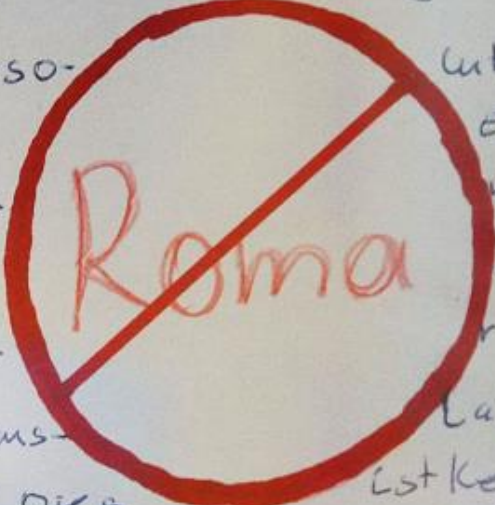
Zahlen stagnieren: 7,4 Millionen Touristen besuchten Sachsen

Auf der S 95: Sechs Autos kollidieren

und des täglichen kompletten Diebstahls der
Kassen Einnahme - inklusive Wechselgeld,
Spendengelder der Kunden für Umweltpro-
jekte - durch eine auf Raub und Betrug
spezialisierte Bevölkerungsgruppe, hat
diese abso-
verbot.
Wird hier-
bot der
an die Wa-
straßen aus-
sprochen? Dies
Nur was zu viel ist, ist einfach zu viel.

utes Laden-
Ebenso
mit ein Ver-
Annäherung
ren der
Laden ausge-
Ist kein "Rassismus"

~~Roma~~



Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 und 2 StGB) - nur noch cursorisch

- wohl (Art. 5 Abs. 1 GG!) kein Angriff auf Menschenwürde iSv § 130 StGB (da kein Bestreiten des Lebensrechts in unserer Gemeinschaft):
- AfD-Höcke: „Lehre von verschiedenen Menschentypen“ (iZm Fortpflanzungsverhalten)



Browser: <http://www.tagesschau.de/inland/hoecke-rede-101.html>

ARD Home Nachrichten Sport Börse Ratgeber Wissen Kultur Kinder ARD Intern

Fernsehen Radio ARD Mediathek

tagesschau.de

Suche in tagesschau.de

Startseite Videos & Audios Inland Ausland Wirtschaft Wahlarchiv Wetter Ihre Meinung

Browser: <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/AfD-Hoeckes-Lehre-von->

Datei Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

 sbreitungstyp" gegen "Platzhaltertyp" - bei einer Festrede im Institut Staatspolitik propagiert der thüringische AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke seine seltsame Lehre.

"Ausbreitungstyp" gegen "Platzhaltertyp"

Als Festredner ist der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke geladen. In seiner Rede, die am 10.12.2015 veröffentlicht wurde, propagiert er unter anderem eine Lehre von verschiedenen Menschentypen: "Die Evolution hat Afrika und Europa, vereinfacht gesagt, zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert." In Afrika herrsche die "r- Strategie" vor. Anders in Europa: hier verfolge man überwiegend die "K-Strategie" - "Ausbreitungstyp" gegen "Platzhaltertyp".

Mit diesen Begriffen bezeichnen Biologen normalerweise Unterschiede bei der Fortpflanzungsstrategie von Lebewesen. Als "r-Strategen" gelten Arten, die möglichst viele Nachkommen zeugen, damit wenigsten einige überleben. Im Gegensatz dazu sprechen Biologen bei Säugetieren, insbesondere bei Menschen, von der "K-Strategie", bei der wenige Jungen zur Welt gebracht werden, um die sich die Eltern dann aber intensiv kümmern.

"Bevölkerungsüberschuss Afrikas"

Besorgte Bürger: Junge Männer, schwer integrierbar

Angst, Verzweiflung und der Glaube an ein besseres Leben hat vor allem junge Männer aus ihrem zu Hause getrieben. | [mehr](#)

WEITERE INFORMATIONEN



18.10.15 | 21:45 Uhr

Günther Jauch: Best of Anja Reschke

Panorama Moderatorin Anja Reschke war zu Gast bei Günther Jauch - hier ein Best Of. | [video \(09:15 min\)](#)

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

- **Einwirkung von Art. 5 Abs. 3 GG - Kunstfreiheit**
- - Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) als **vorbehaltlos** gewährtes Grundrecht
- - **ABER: Grenzen** in den ungeschriebenen, der Verfassung **immanenten Schranken**, zu denen auch die Ehre als Verfassungsrechtsgut zählt (BVerfGE 30, 173, 195; 67, 213, 228)

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

- → ehrverletzende Äußerung nicht allein wegen ihrer künstlerischen Einkleidung von vornherein als gerechtfertigt anzusehen
- → wie bei Meinungsfreiheit: **Abwägung** der widerstreitenden Verfassungswerte unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

- Satiren/Karikaturen durch Elemente der Übertreibung, Verkürzung und Verzerrung geprägt
 - Beleidigung (§ 185 StGB)
 - bei reiner **Schmähkritik**
 - Verletzung der **Menschenwürde**
- (bejaht zB bei „bayMP“/“Steffi Graf“/“Lisa Loch“/“Jägermeister“)

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

← Master Of Streetphotography

Folgen kevin-schulzbus **tumblr.**




»Ich trinke
Jägermeister,
weil mein
Dealer zur Zeit
im Knast
sitzt.«

DEUTSCHES ERBEN

09:27 03.06.2016

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre





Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

○ **Verneint** zB bei:

- “I-Dötzchen-Dealerin”
- Helma Orosz


Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

http://www.n-tv.de/panorama/Buergermeisterin-bleibt-nackt-artik... Hotm... E-Mail Stern... NJW ... "Bi... x justiz...

"Bildnis der Zeitgeschichte" Bürgermeisterin bleibt nackt

Fast nackt, nur mit Strapsen und Bürgermeisterei – derart abgebildet zu werden geht der Dresdner Oberbürgermeisterin Orosz gegen den Strich.


Teilen 4 Twittern Teilen



(Foto: dpa)

Das umstrittene Nacktbild von Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz darf wieder öffentlich gezeigt werden. Im Streit um das Gemälde musste die CDU-Politikerin vor Gericht eine Niederlage einstecken.

by coffee
JETZT ENTDECKEN



KAFFEE IST NICHT NUR SCHWARZ

NEECAFÉ Dolce Gusto

LIVE

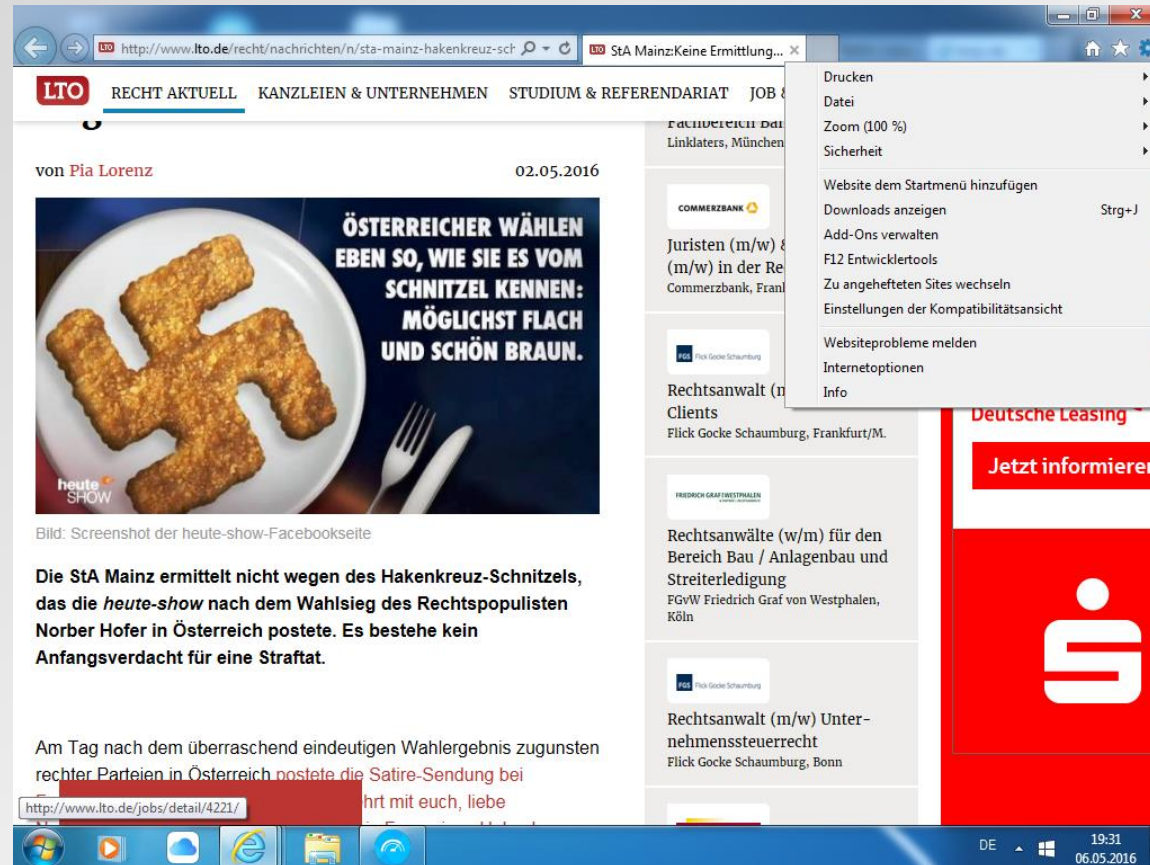
DE 18:29 14.04.2016

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

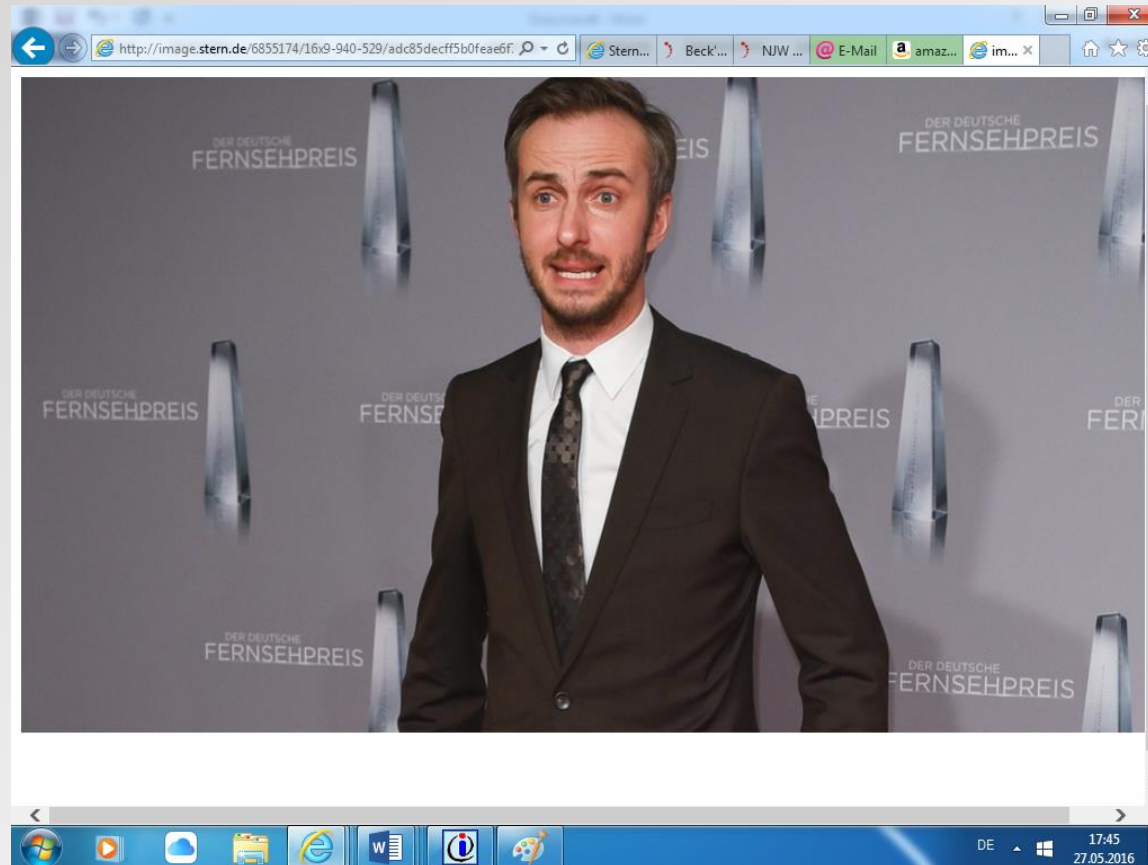
- Und bei den nächsten beiden Fällen?



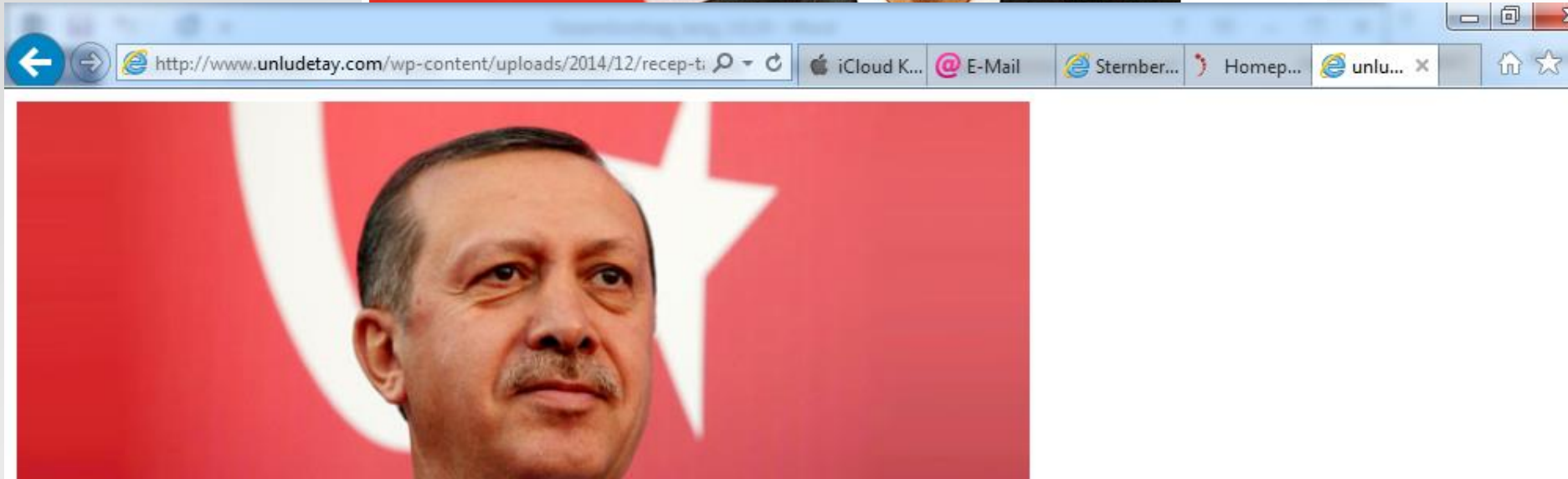
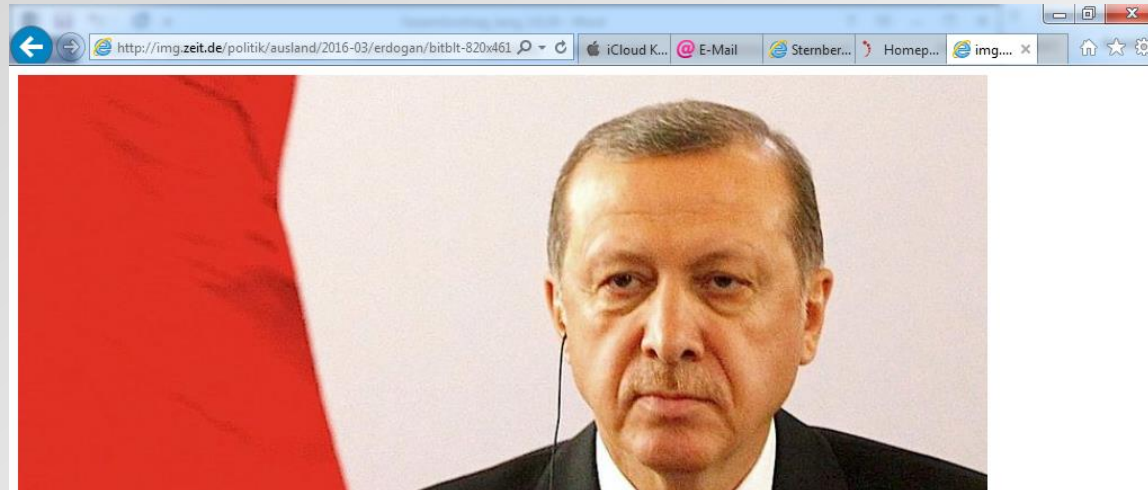
Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre



Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre



Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre



Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

The screenshot shows the Beck-online website interface. At the top, there's a navigation bar with links like 'beck-online', 'PersonalPortal', 'Steuern & Bilanzen', 'beck-shop', 'beck-akademie', 'beck-stellenmarkt', and 'beck-aktuell'. Below this is a search bar with a magnifying glass icon and a 'Detailsuche' dropdown. The main content area is divided into a left sidebar and a main text area. The sidebar contains a list of articles, with the selected article 'Fahl: Böhmermanns Schmähkritik als Beleidigung' highlighted. The main text area displays the title 'Böhmermanns Schmähkritik als Beleidigung' and the author 'Prof. Dr. Christian Fahl, Greifswald'. The article content begins with 'I. Hinführung' and discusses the satirical song 'Extra 3' by the satirical group 'Die Erdowis'.

beck-online DIE DATENBANK

Home Treffer Akten Hilfe

AZ: [ohne Akte] Logout

Fahl: Böhmermanns Schmähkritik als Beleidigung NStZ 2016, 313

Böhmermanns Schmähkritik als Beleidigung

Prof. Dr. Christian Fahl, Greifswald^{*}

I. Hinführung

Angefangen hat bekanntlich alles mit der Satiresendung „Extra 3“ der ARD im März 2016. In dem Lied „Erdowi, Erdowo, Erdogan“ (zur Musik des Nena-Songs „Irgendwie, irgendwo, irgendwann“ aus dem Jahr 1984) wurde dort die Haltung des türkischen Präsidenten zur Meinungsfreiheit und die Verfolgung von Journalisten in der Türkei kritisiert. *Erdogan* bestellte darum mehrfach den deutschen Botschafter in der Türkei ein. Nur mit einiger Verzögerung stellte das Auswärtige Amt klar, dass solche Kritik in Deutschland von der Meinungsfreiheit gedeckt sei und die Politik hierzulande keinen Einfluss auf Satiresendungen nehmen könne und wolle.

Darauf geht *Böhmermann* in seiner ZDF-Satire-Sendung „Neo Magazin Royale“ ein und trägt ein als „Schmähkritik“ bezeichnetes Gedicht vor¹, dessen Inhalt die Kanzlerin, wie sie dem türkischen Präsidenten und der Medienöffentlichkeit mitteilt, als „bewusst


Siehe auch ...

- [Zitiert in Büchern](#)
- [Zitiert in Rechtsprechung](#)
- [Zitiert in Verwaltungsvor...](#)
- [Zitiert in Aufsätzen](#)

Anmerkung: Speichern

Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

- Zur unterschiedlichen strafrechtlichen Einschätzung der „causa Böhmermann“ vgl.:
- - *Fahl*, NStZ 2016, 313 ff.:
(rechtswidrige Beleidigung, aber straflos infolge unvermeidbaren [?] Verbotsirrtums)
- *Christoph*, JuS 2016, 599 ff.
(straffrei infolge Art. 5 Abs. 3 GG)



Vorbemerkung / Einwirkung von Art. 5 GG (Kunstfreiheit) auf strafrechtlichen Schutz der Ehre

- Zur Vertiefung:

Wenmakers: Rechtliche Grenzen der neuen Formen von Satire im Fernsehen, Hamburg, 2009



Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

- ursprünglich Kommunizierender: Täter (§ 25 Abs. 1 StGB)
- „Liker“: Gehilfe iSv § 27 StGB
- „Teiler“: Täter
- Facebook-Verantwortlicher: Gehilfe (§ 27 StGB)

Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

- Betätigen der „**Gefällt mir**“-Funktion:
 - keine eigenständige und vom Ausgangsbeitrag gelöste Aussage → fremder Inhalt aufgegriffen, jedoch nur in einer zustimmenden → **keine eigenständige Aussage** abgegeben, sondern nur fremde unterstrichen
 - **keine Tatherrschaft**: Wird Ausgangsbeitrag entfernt, so verschwinden gleichzeitig die daran gebundenen „Gefällt Mir“-Statuten → „Herrschaft des Likers“ am Gesamtgeschehen mithin in Abhängigkeit zum Willen des Beitragserstellers

Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

„Teilen“ von Inhalten:

→ **Täterschaft:**

Zwar geteilte Inhalte an den Bestand des Ausgangsbeitrags gebunden → „Teiler“ beherrscht nur bedingt das Gesamtgeschehen

- Aber: Inhalt der Ursprungsäußerung wird in Profil des „Teilenden“ unter Verweis auf den Ausgangsbeitrag übernommen → Wiederholung der im Ausgangsinhalt enthaltenen **Aussage als eigene**

Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme



○ Hierzu:

- - *Krischker*, Das Internetstrafrecht vor neuen Herausforderungen, 2014, S. 120 ff.
- - *ders.*, JA 2013, 488 ff. (am Beispiel der Internetbeleidigung)

○

Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

Facebook-Verantwortliche:

→ Beihilfe durch Unterlassen infolge Nichtlöschung strafrechtlich relevanter Einträge:

- generell in Dogmatik anerkannt, dass vorsätzliches Nichthindern einer Straftat trotz Möglichkeit und Rechtspflicht (!) hierzu Strafbarkeit begründen kann (zB *Nachtwächter unternimmt nichts gegen einen von ihm bemerkten laufenden Einbruchsdiebstahl in das zu bewachende Warenlager*)



Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

- Strafbar erst bei **Vorsatz** (also erst ab konkreter Information über Inhalt)
- **Garantenstellung**:
 - infolge **Herrschaft über eine Gefahrenquelle**: Facebook-Verantwortliche können als einzige die beanstandeten Dateien löschen: mehr als nur faktische Handlungsmöglichkeit => Computernetze besonders anfällig für Verbreitung strafrechtlich relevanter Äußerungen

Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

- ⇒ Betreibern von Servern kommt besondere Verantwortung für die Beseitigung netzspezifischer Gefahren zu (so MüKo/StGB-Hörnle, § 184 Rn. 51 iZm Host-Service-Provider und Kinderpornographie; ebenso Lackner/Kühl, § 184 Rn 7 mwN)
- ⇒ also ähnlich der Garantenstellung eines Wohnungsinhabers, der Straftaten seiner Gäste nicht unterbindet, sofern Wohnung eine tatfördernde Rolle spielt



Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

- **Zusatzproblem:** Beihilfe durch sog. „neutrale“, insbesondere berufsbedingte Verhaltensweisen (Lehrbuch-Klassiker: Verkauf eines Küchenmessers); hoch umstritten
- Auf Basis der hM (inkl. BGH):
→ Strafbarkeit möglich

Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

Beihilfe durch berufliches Handeln
(hier: Platz im Netz einräumen)

→ **strafbar** jedenfalls bei sicherer Kenntnis des strafbaren Inhalts

- bei dolus eventualis (Strafbarer Inhalt wird ernsthaft für möglich gehalten / Gehilfe findet sich damit ab



Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

Bei **dolus eventualis**:

Strafbar nur dann, wenn das vom
Gehilfen erkannte Risiko straf-
baren Verhaltens des von ihm
Unterstützten derart hoch, dass er
sich mit seiner Hilfeleistung die
„Förderung eines erkennbar
tatgeneigten Täters ,angelegen
sein` lässt.“ (BGH NStZ 2000, 34)

Facebook-Einträge: Täterschaft und Teilnahme

- **Facebook-Verantwortliche**

- Beachte die mögliche **Straffreistellung** (als „Intermediär“) durch § 10 Telemediengesetz

➡ Vortrag von JProf Dr. *Lauber-Rönsberg* am 29. Juni 2016

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**



Professor Dr. Detlev Sternberg-Lieben
Juristische Fakultät - TU Dresden